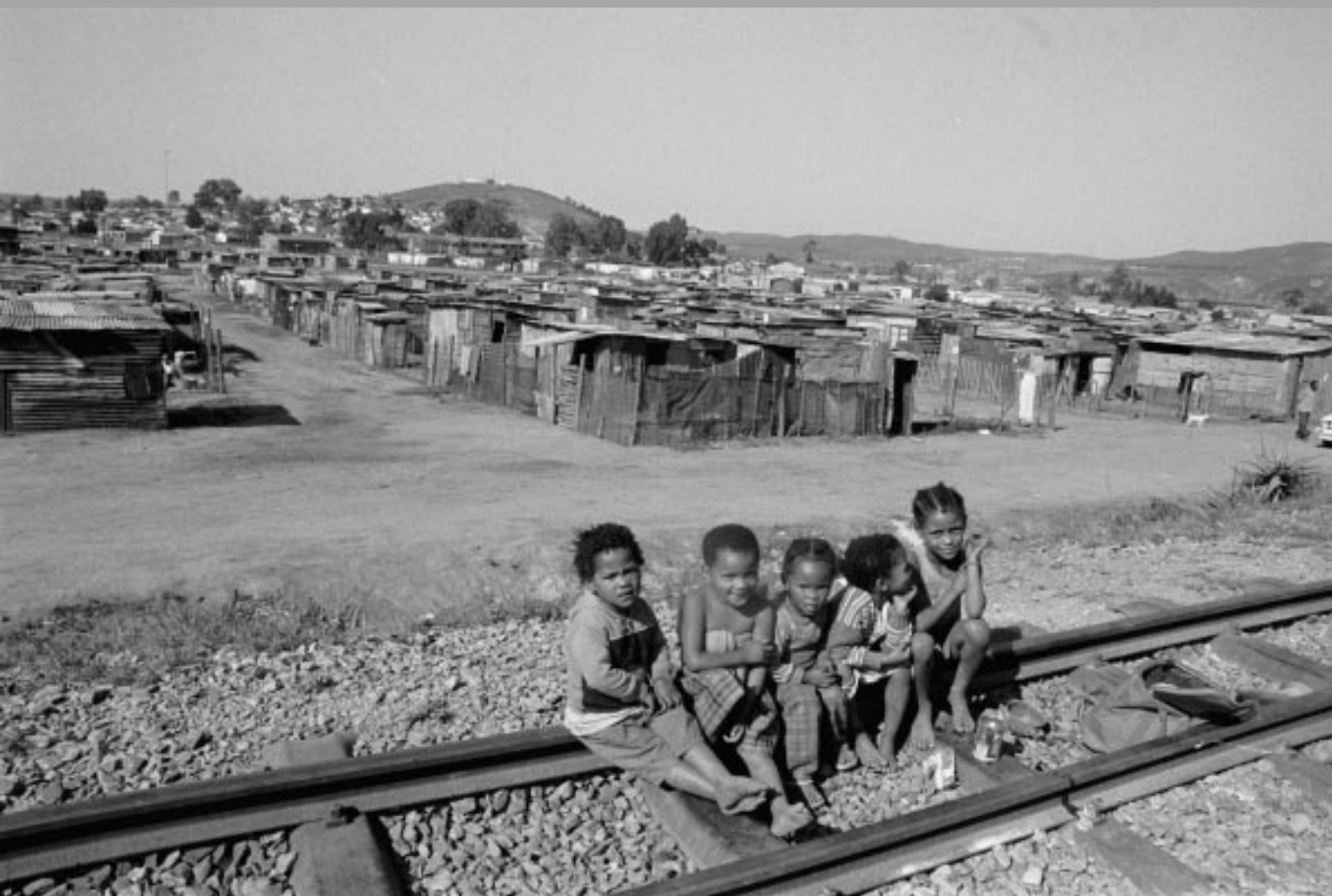


# Querbrief



## Menschenrecht Wohnen

Teufelskreis – Straßenkinder in Brasilien

Zwangsräumung – Menschenrechtsverletzungen in Zimbabwe

Landrechte – Argentinien's Indígenas organisieren sich

4/2005

# Inhalt

## Editorial 3

Michael Krennerich  
**Das Recht auf Wohnen**  
Anspruch und Wirklichkeit  
eines Menschenrechts 4

Carola Gast/Eva Wuchold  
**Wege aus dem Teufelskreis**  
Ein Straßenkinderprojekt  
in Brasilien 6

„**Warum bestraft uns die Armee?**“  
Über Häuserzerstörungen in Israel  
und den Alltag in Hebron  
Interview mit Nafez Assaily 8

Katrin Steinitz  
„**Unser Haus ist die Natur...**“  
Die Landrechte der Indígenas  
in Argentinien 10

**Operation Murambatsvina**  
Menschenrechtsverletzungen  
in Zimbabwe 14

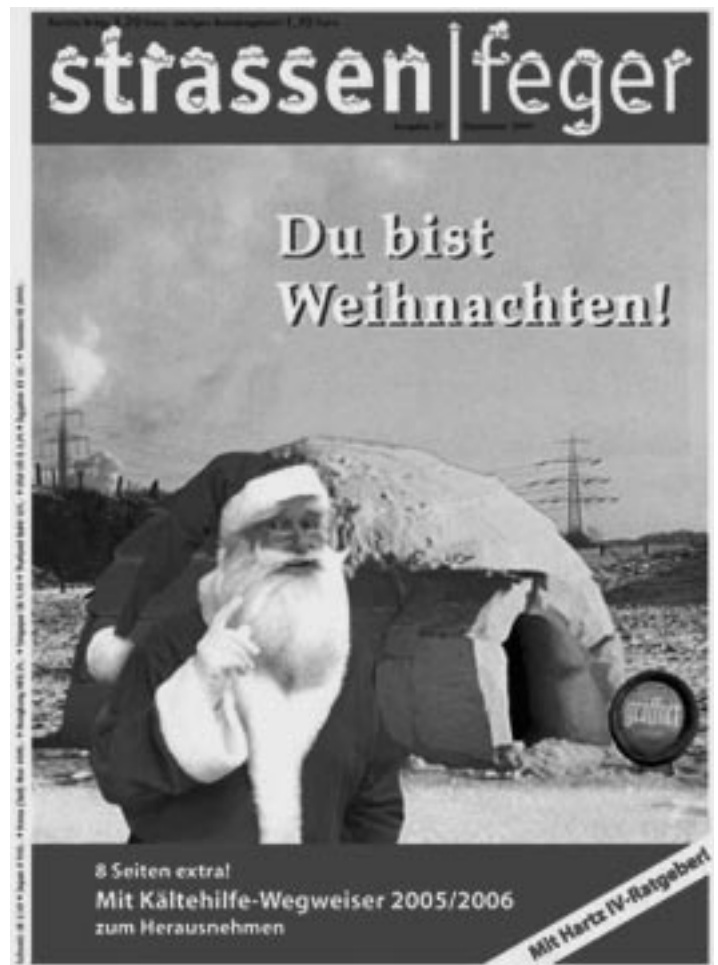
Christoph Beninde  
**Enge Beziehungen**  
Solidarität mit Zimbabwe 16

Luise Molling  
**The Big Issue**  
Die Idee einer Straßenzeitung 17

Karen Johne  
**Kein Platz in der kleinsten Hütte**  
Wohnungsnot in Südafrika 18

Sabine Hepperle  
**Budgethilfe versus Projekthilfe**  
Entwicklungspolitische Diskussion bei  
der WFD-Mitgliederversammlung 20

## WFD intern 22



In der Bundesrepublik gibt es schätzungsweise 40 Obdachlosenzeitungen. Allein in Berlin gibt es drei größere Zeitungen, die in einer Auflage von 15.000 – 20.000 Stück erscheinen. Der *Straßenfeger* ist eine von ihnen. In Berlin leben etwa 4.000 Menschen auf der Straße.



Weltfriedensdienst e.V.

Herausgeber: WELTFRIEDENSDIENST e.V.

Hedemannstraße 14, D-10969 Berlin, Telefon: (030) 25 39 90-0, Fax (030) 251 18 87  
www.wfd.de, info@wfd.de

Der Verkaufspreis der Zeitschrift beträgt 2,60 Euro. Mitglieder erhalten sie kostenlos.

Redaktion: Karin Fiege, Sabine Hepperle, Karen Johne, Uta Kirchner,  
Elke Kuhne (presserechtlich verantwortlich), Susanne Mittendorf, Luise Molling,  
Peter Oehmen, Bela Pyrkosch, Siegfried Schröder, Brigitte Walitzek.

Satz- und Bildbearbeitung: Setzerei Peter von Maikowski und Harald Weller.

Druck: Oktoberdruck, auf 100 % Recycling-Papier.



# Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Halbierung der Armut“ heißt eines der Millenniumsziele, von denen in jüngster Zeit so häufig die Rede war. Die Bilder, die uns bei dem Begriff Armut zuerst in den Sinn kommen, sind meist weit entfernt von unserem Alltag: Straßenkinder in Brasilien oder Mosambik fallen uns ein, Elendsviertel in den Großstädten Afrikas und Asiens, hungernde Menschen am anderen Ende des Globus.

Lediglich in den Wintermonaten ist die Armut auch bei uns nicht mehr zu übersehen. Von Kältequartieren ist in den Zeitungen die Rede, wir erfahren von Nachtcafés, Wärmestuben und Suppenküchen. Das Phänomen der Obdachlosigkeit rückt in unser Bewusstsein.

Weltweit, so sagen die Statistiken, sind etwa 100 Millionen Menschen obdachlos. Weitaus höher ist die Anzahl derer, die keinen angemessenen Wohnraum haben. Eine Milliarde Menschen, so schätzt die dafür zuständige UN-Menschenrechtskommission, wohnen in menschenunwürdigen Unterkünften, und sie warnt davor, dass sich diese Zahl weiter erhöhen wird. Besonders besorgniserregend ist dabei die Entwicklung in den Städten. In einzelnen Ländern Afrikas, dem Kontinent, der bisher am stärksten ländlich geprägt ist, wächst die Stadtbevölkerung zum Beispiel jährlich bis zu zehn Prozent. Immer mehr Menschen wohnen in sogenannten informellen Siedlungen, in Slums, die nur unzureichend mit Wasser, Strom,

Schulen und Gesundheitsstationen versorgt sind.

Der vorliegende Querbrief beschäftigt sich mit dem Menschenrecht auf Wohnraum in vielfältiger Weise. Denn in nahezu allen Projekten, die der Weltfriedensdienst unterstützt, werden auch Probleme des Wohn- und Lebensraumes berührt. In einigen Projekten stehen sie im Mittelpunkt der Arbeit. So zum Beispiel in Argentinien, wo der Weltfriedensdienst seit Jahren den Kampf der Indígenas unterstützt, die für ihre Landrechte eintreten – für ihr juristisch verbrieftes Recht auf ein Land, das sie seit langer Zeit bewirtschaften. Oder in Brasilien, wo Partnergruppen sich dafür engagieren, Straßenkindern ein neues Zuhause und eine Zukunftsperspektive zu geben.

In anderen Projekten ist die Frage des Wohn- und Lebensraums eher indirekt betroffen. In Ausbildungsprojekten in Ghana oder Tansania zum Beispiel geht es zunächst darum, jungen Menschen Berufschancen in ländlichen Gebieten zu eröffnen. Damit sollen sie aber auch davor bewahrt werden, in die Städte und damit in eine ungewisse Zukunft zu flüchten, fernab von ihren Familien und dem sozialen Gefüge, in dem sie verwurzelt sind.

„Mit dem Recht eines jeden Menschen, in Sicherheit und Würde zu wohnen, ist es nicht gut bestellt“, so umschreibt ein Autor des Querbriefs die weltweite Lage. Er beschreibt nicht

nur die Aufgaben und Pflichten eines jeden Staates, sondern benennt auch zahlreiche eklatante Verletzungen dieses Menschenrechts. Ein Beispiel ist die *Operation Murambatsvina – Weg mit dem Müll*, die im Frühjahr 2005 in Zimbabwe begonnen wurde. Mehrere hunderttausend Menschen verloren bei diesen Zwangsäumungen ihr Zuhause, was ohnehin oft nicht sehr viel mehr war als nur ein spärliches Dach über dem Kopf. Andere Menschen mögen ihr Zuhause noch bewohnen, aber sie leben in ständiger Angst es zu verlieren. Was es bedeutet, mit dieser Angst zu leben, zeigt das Beispiel aus Hebron. Häuserzerstörungen, ein erschwerter Zugang zu Wohngebieten und Arbeitsstätten gehören zum palästinensischen Alltag und bestimmen das Leben der Menschen.

Die Menschenrechte – so wie sie vor mehr als einem halben Jahrhundert festgeschrieben wurden – existieren noch immer in vielen Ländern nur auf dem Papier. Das Recht auf menschenwürdiges Wohnen ist nur eines davon. Umso wichtiger sind Initiativen und Organisationen, die auf diesen Mangel immer wieder aufmerksam machen. So wie die zahlreichen Landlosenbewegungen oder auch die vielen Obdachloseninitiativen, die es weltweit gibt. Auch hierzulande. Ihr Sprachrohr sind die Obdachlosenzeitungen, die in jeder größeren Stadt – nicht nur in Deutschland – zum Verkauf angeboten werden. Sie erinnern uns an ein weltweites Problem. Und das nicht nur zur Weihnachtszeit.

Ihre Elhe Kulame

---

Bildnachweis: Christian Walger S. 4–7, Christian Peacemaker Teams S. 9, Florian Schubert/Katrin Steinitz S. 10–13, IRIN/IRINnews.org S. 14/15, Pernille Berg S. 17, Paul Grendon S. 18, Fanie Jason S. 19, A. & S. Souaré S. 20/21, Henry-Benrath-Schule S. 22, alle anderen: WFD-Archiv  
Das Titelbild des südafrikanischen Fotografen Fanie Jason stammt aus der Ausstellung *Our Land... Our Life... Our Future...*

# Das Recht auf Wohnen

## Anspruch und Wirklichkeit eines Menschenrechts

Michael Krennerich

**Um das Recht auf Wohnen ist es nicht gut bestellt. Unzählige Menschen weltweit haben kein Zuhause. Knapp eine Milliarde Menschen, d. h. fast ein Drittel der Weltbevölkerung, leben in Armutsvierteln, meist unter prekären und unsicheren Bedingungen. Tagtäglich werden viele Menschen von ihrem Land oder aus ihren Häusern und Hütten vertrieben.**

Das Recht eines jeden Menschen, in Sicherheit und Würde zu wohnen, ist ein international verbrieftes Menschenrecht. Als Teil des Rechts auf angemessenen Lebensstandard ist es fest verankert in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem UN-Sozialpakt, der UN-Kinderrechtskonvention sowie in einer Reihe weiterer universeller und regionaler Menschenrechtsabkommen. Ebenso wie andere soziale Menschenrechte stellt das Recht auf Wohnen keine Maximalforderungen auf, sondern formuliert Mindestgarantien für ein menschenwürdiges Leben, welche die Staaten zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten haben. Das Recht auf Wohnen bedeutet jedoch mehr, als nur ein „Dach über dem Kopf“ zu haben. Gefordert sind vor allem die rechtliche Sicherheit, die prinzipielle Verfügbarkeit und der offene, diskriminierungsfreie Zugang zu



Favela in Maceió, Nordostbrasilien

Wohnraum sowie bestimmte Bedingungen an Wohnqualität und Lage, einschließlich des Zugangs zu sauberem Trinkwasser, Energie zum Kochen und zu sanitären Anlagen. Wichtig für das Verständnis des Rechts und der sich daraus ergebenden Staatenpflichten ist die Unterscheidung zwischen Respektierungs-, Schutz- und Gewährleistungspflichten.

*Respektierungspflichten* verpflichten die Staaten, den einzelnen Menschen nicht direkt oder indirekt an der Ausübung seines Menschenrechts zu hindern. Der Staat und seine Organe dürfen also nicht selbst die Menschenrechte verletzen. Eine Verletzung des Rechts auf Wohnen stellen jedoch z. B. staatliche Zwangsvertreibungen dar, wenn die betroffenen Menschen nicht hinreichend konsultiert, informiert und entschädigt wurden oder die Vertreibung gewaltsam erfolgt.

Weithin bekannt sind die staatliche Massenvertreibung von Menschen aus Armenvierteln und der Abriss ganzer Slumgebiete in Zimbabwe. Der Diktator Mugabe ließ dort Häuser und Hütten, Kleinstgeschäfte und Marktstände, Kirchen und Moscheen zerstören und zwang im Jahre 2005

rund 700.000 Menschen, ihre Wohn- und Lebensräume zu verlassen. Die offiziell als „Murambatsvina“ (Abfallbeseitigung) bezeichnete Aktion stellt eine schwerste Menschenrechtsverletzung dar. Aber auch in demokratisch regierten Ländern finden massenhaft Häuserzerstörungen und Zwangsvertreibungen statt, angeblich, um das Problem der Slums zu „lösen“. Im indischen Neu Delhi und Mumbai beispielsweise waren in den Jahren 2004 und 2005 hunderttausende Menschen davon betroffen. Menschenrechtsorganisationen wie *Habitat International Coalitions* werden nicht müde, solche Zwangsvertreibungen zu kritisieren. Vielfach kritisiert werden auch die Häuserzerstörungen und Landkonfiszierungen durch das israelische Militär in den besetzten palästinensischen Gebieten. Unter dem Eindruck von Terroranschlägen wurden diese in den vergangenen Jahren verstärkt als Teil kollektiver Bestrafungs- oder militärischer Präventiv- und Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt. Hinzu kommt die gängige Praxis der Zerstörung nicht-genehmigter Häuser im arabischen Teil Israels und in den von Israel besetzten palästinensischen Gebie-





ten. Berichte von Menschenrechtsorganisationen und des UN-Sonderberichterstatters zum Recht auf Wohnen dokumentieren die mannigfaltigen Verletzungen des Rechts auf Wohnen durch die israelische Regierung.

*Schutzpflichten* verpflichten den Staat, den einzelnen Menschen gegenüber Eingriffen in seine Menschenrechte durch Dritte zu schützen. Die Aufgabe des Staates ist es also, sich schützend vor seine Bevölkerung zu stellen. Er darf nicht dulden, dass private Unternehmen, etwa im Bereich der Holzwirtschaft, des Goldabbaus oder der Erdölindustrie, Menschen unrechtmäßig und gewaltsam von ihrem Grund und Boden vertreiben, wie dies in vielen Teilen der Erde gang und gäbe ist. Der Staat hat vielmehr effektive Maßnahmen zu ergreifen, rechtlich verbriefte Eigentums-, Besitz- und Nutzungsrechte zu schützen. Außerdem ist er gefordert, wüste Spekulationen mit Land und Wohnraum sowie Mietwucher zu unterbinden, die häufig dazu führen, dass gerade arme Menschen ihr Zuhause verlieren. Leider bleibt der Staat vielerorts untätig oder ist gar Helfershelfer mächtiger, skrupelloser Großgrundbesitzer oder Unternehmer, die das Recht für ihre Zwecke beugen oder instrumentalisieren. Nicht zuletzt Lateinamerika, ein Subkontinent mit einer extremen Verteilungsgerechtigkeit, bietet hierfür eine Fülle von Beispielen.

*Gewährleistungspflichten* fordern von den Staaten, die Nutzung der Men-

schenrechte durch positive Leistungen überhaupt erst zu ermöglichen. Dies verpflichtet die Staaten zwar nicht, für alle Menschen Häuser zu bauen oder kostenlose Unterkünfte bereit zu stellen. Doch die Regierungen sind immerhin angehalten, nationale Programme zu entwickeln, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten die oft prekäre Wohnungssituation der Bevölkerung zu verbessern. Ein Kernpunkt eines solchen Programms wäre z. B. die gezielte Förderung des Zugangs zu Unterkünften und Land für benachteiligte Gruppen, etwa Frauen, Kinder, Minderheiten oder allgemein arme Menschen. Darunter können auch Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnbedingungen in Armenvierteln („slum-upgrading“) fallen, sofern diese nicht kontraproduktiv sind und arme Menschen zum Verlassen der Slums zwingen. Auch und gerade unter den Bedingungen neoliberaler Stabilisierungs- und Privatisierungspolitik, in deren Folge die Sozialbudgets der jeweiligen Regierungen gekürzt werden, ist es wichtig, Maßnahmen zu finanzieren, um das Recht auf Wohnen und andere soziale Menschenrechte – im Sinne von Mindestgarantien für ein menschenwürdiges Leben – zu gewährleisten.

Eine besondere Problemgruppe stellen Flüchtlinge und Binnenvertriebene dar, vor allem in Bürgerkriegsländern oder Nachkriegsgesellschaften, in denen staatlich-administrative Strukturen zusammengebrochen oder erst im Aufbau begriffen sind. Die massiven



Wiederansiedlungs- und Wohnungsprobleme in Afghanistan und Irak sind hier nur zwei von vielen Beispielen. Wichtig sind zudem menschenrechtsorientierte Maßnahmen des staatlichen Katastrophenschutzes und der Katastrophenhilfe, deren Notwendigkeit nicht zuletzt die Tsunami-Katastrophe von 2004 und die diesjährigen Naturkatastrophen in Nord- und Mittelamerika sowie in Südasien aufgezeigt haben.

Abschließend ist festzuhalten, dass das Recht auf Wohnen nichts Unmögliches vom Staat – und – eingedenk möglicher „extraterritorialer Staatenpflichten“ – von der Staatengemeinschaft fordert. Die Respektierungs- und Schutzpflichten lassen sich zumeist unmittelbar und ohne großen Mittelaufwand umsetzen. Die Gewährleistungspflichten verlangen den Einsatz lediglich der verfügbaren Ressourcen, die allerdings vorrangig für besonders bedürftige und benachteiligte Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden sollen.

Das Recht auf Wohnen ist nicht nur aufs Engste mit anderen sozialen Menschenrechten (Ernährung, Wasser, Gesundheit etc.) verknüpft, sondern auch mit politisch-bürgerlichen Rechten. Verletzungen des Rechts auf Wohnen sind oft Ausdruck historisch gewachsener Diskriminierungen bestimmter Bevölkerungsgruppen, wie etwa der afroamerikanischen und indigenen Gruppen in Nord- und Südamerika, und gehen zudem häufig mit politischer Repression einher. Das Recht auf Wohnen ist daher sinnvoller Weise in einen ganzheitlichen Menschenrechtsansatz einzubinden.

DR. MICHAEL KRENNERICH ist Mitarbeiter im Nürnberger Menschenrechtszentrum und Sprecher der AG Entwicklung und Menschenrechte im Forum Menschenrechte.



# Wege aus dem Teufelskreis

## Ein Straßenkinderprojekt in Brasilien

Carola Gast  
Eva Wuchold

**Das Recht auf geeigneten Wohnraum ist ein Menschenrecht. Vielen Kindern in brasilianischen Großstädten wird dieses Recht schon früh genommen. Konservativen Schätzungen zufolge schlagen sich derzeit acht bis zehn Millionen Kinder auf den brasilianischen Straßen durch, andere Quellen sprechen sogar von bis zu zwölf Millionen Kindern und Jugendlichen.**

Die große Zahl von Kindern, die auf der Straße arbeiten und leben, ist einerseits den unmenschlichen Lebensbedingungen in den Favelas, den Armenvierteln der großen brasilianischen Städte geschuldet, den hohen Arbeitslosenzahlen und den daraus entstehenden sozialen Spannungen. Andererseits reflektiert das „Straßenkinderproblem“ die Probleme der brasilianischen Gesellschaft insgesamt: die Auswirkungen eines gescheiterten Wirtschaftsmodells, das weite Teile der Bevölkerung in Armut und Elend zurückgelassen hat, den Verlust von sozialer Gerechtigkeit und Fairness. Und nicht zuletzt das Thema Sicherheit.

Gewalt und Kriminalität sind in Brasilien allgegenwärtig. Trotz verschärfter Waffengesetze wurden im vergangenen Jahr über 36.000 Menschen auf offener Straße erschossen. Die Bewohner der Favelas sind der alltäglichen Gewalt der Banden und Drogendealer besonders ausgeliefert. Straßenkinder sind dabei in zweierlei Hinsicht Zielscheibe der Gewaltakte. Von den Medien und der Bevölkerung werden sie stigmatisiert und mit den Kriminellen gleichgesetzt. Sie werden als öffentliches Ärgernis und Skandal betrachtet. Sie gelten als dreckig und drogenabhängig, als Drogendealer, Prostituierte, als Abschaum, potentiell gefährlich – eine Bedrohung der Gesellschaft. Zur gleichen Zeit ist ihr eigenes Leben



ständig in Gefahr. Vor der Gewalt zu Hause geflüchtet werden die Kinder und Jugendlichen auf der Straße vielfach Opfer von Überfällen, Mord oder sexueller Ausbeutung. Als besonders brutales Beispiel der Gewalt gegen Obdachlose und Straßenkinder gilt bis heute das Massaker von Candelária, einer Kirche im historischen Zentrum von Rio de Janeiro, bei dem 1993 29 Menschen durch Todesschwadronen ermordet wurden.

Trotz oder gerade wegen der öffentlichen Ignoranz und Angst, existieren in fast allen größeren brasilianischen Städten Hilfsprojekte für Straßenkinder – so auch das vom Weltfriedensdienst begleitete Straßen- und Vorschulkinderprojekt Erê in Maceió, der Provinzhauptstadt des Bundesstaates Alagoas, im Nordosten Brasiliens. Bereits 1987 begann hier eine Gruppe von Sozialarbeiterinnen, sich der Straßenkinder Maceió's anzunehmen. 1994 gründeten sie das Projekt Erê (deutsch: Kind), eine gemeinnützige Organisation, die sich um die Kinder und um deren Weiterentwicklung kümmert, aber auch Lobbyarbeit für die Interessen der Straßenkinder betreibt. Das Ziel der Arbeit von Erê ist es, den Jugendlichen Alternativen zu einem

Leben auf der Straße aufzuzeigen. Dazu wird ihnen beim Drogenentzug geholfen, Selbstbewusstsein und Selbständigkeit werden gestärkt, unter anderem durch die Vermittlung von Lese- und Rechtschreibkenntnissen. Erê bietet aber auch Unterstützung bei Alltagsproblemen, wie z. B. bei Amtsgängen, Problemen mit der Polizei oder dem Zugang zu medizinischer Betreuung, die ihnen sonst in der Regel verwehrt wird. Die Familien der Straßenkinder werden in die Arbeit von Erê mit einbezogen. Mittel- und langfristiges Ziel ist es, die Lebensumstände zu verändern und die Kinder wieder in ihre Familien zu integrieren. Die Arbeit mit Straßenkindern ist – wie ihr Leben selbst – nicht einfach. Etwa 50 Straßenkinder werden von Erê durchschnittlich betreut. Ihre Lebenswelten und Realitäten sind weit entfernt von jeglicher „Normalität“. Um ihr Vertrauen zu gewinnen und sich ihrer Wirklichkeit anzunähern ist ein sehr behutsames Vorgehen notwendig. Anschließend müssen Wege gefunden werden, die Straßenkinder in das gesellschaftliche Leben einzubinden. Dazu arbeitet Erê seit vielen Jahren erfolgreich mit Methoden der „Pädagogik der Unterdrück-



ten“ nach Paulo Freire. Dabei geht es vor allem darum, den Straßenkindern die eigene Lebenssituation und den Einfluss von sozialen und soziokulturellen Faktoren bewusst zu machen und zu verdeutlichen, dass ihre Situation grundsätzlich veränderbar ist. Diese Erkenntnis ermöglicht ihnen, Lösungsstrategien für sich zu entwickeln und anschließend daran zu arbeiten, ihre Situation zu verbessern. Ein erster Schritt zur Veränderung ihrer Lage ist der Verzicht auf Drogen. „Bevor wir mit den Jugendlichen vorankommen, müssen sie ein hohes Maß an Selbstdisziplin beweisen, denn während unserer Aktivitäten dürfen sie keine Drogen konsumieren“, berichtet Telma, Projektkoordinatorin bei Erê. Eine wichtige Voraussetzung, denn Drogen sind ein großes Problem bei Straßenkindern. Meist greifen sie zu flüssigen Lösungsmitteln oder frei verkäuflichen Klebstoffen, um den Hunger zu vergessen oder Angst und Elend zu verdrängen. Diese „Schnüffelstoffe“ sind billig und legal erhältlich und führen schnell zu psychischer Abhängigkeit und zu gra-

vierenden Organ- und Nervenschäden. Je schneller die Kinder und Jugendlichen von den Drogen loskommen, umso besser. Um ihnen Anreize dafür zu schaffen, bietet Erê vielfältige Angebote, wie Sport oder kulturelle Aktivitäten, die Teilnahme an Karnevalsveranstaltungen und Musik- oder Tanzkurse. So finden z. B. im ‚Espaco Arteiro Erê‘, einer kleinen, wellblechüberdachten Lagerhalle, mehrmals wöchentlich Trommel- und Capoeira-kurse statt. Beides Aktivitäten, die tief in der brasilianischen Kultur verwurzelt sind und so eine hohe gesellschaftliche Anerkennung genießen. Während die Kinder trommeln oder tanzen, haben sie nicht nur viel Spaß, sondern erfahren durch die Fortschritte, die sie dabei machen, auch viel Anerkennung. Das motiviert sie, weiter zu machen, trotz der Schwierigkeit, die ihnen der Drogenentzug bereitet. Längst nicht alle Kinder und Jugendlichen schaffen es. Viele Straßenkinder haben nach Jahren auf der Straße nicht mehr die Kraft, dem Teufelskreis Droge zu entkommen. Man sieht es ihnen an: Aus ihren Gesichtern spricht Leere, sie wirken teilnahmslos und gleichgültig und sind kaum zu motivieren. Die Arbeit mit diesen Jugendlichen fällt schwer, auch weil es nicht immer möglich ist, ihnen langfristige Perspektiven aufzuzeigen. Doch auch ihnen kann geholfen werden, indem sie wenigstens ausreichend Nahrung, medizinische Behandlung und eine menschenwürdige Unterkunft erhalten – dafür sorgt Erê ebenfalls. Um jüngeren Kindern eine Straßenkinderkarriere zu ersparen, engagiert sich Erê auch im präventiven Bereich



und unterstützt seit einigen Jahren die Vorschule ‚Canta Sabiá‘ im Armenviertel Vila Brejal in Maceió. Vier Erzieherinnen kümmern sich hier um fast 100 Kinder, die aus sozial besonders benachteiligten Familien kommen. Täglich werden sie mit einer nahrhaften Mahlzeit versorgt. Außerdem lernen die Kinder lesen und schreiben und erfahren auf spielerische Weise etwas über Themen wie Respekt oder gewaltfreie Konfliktlösungen. Die Arbeit von Erê und anderen Organisationen scheint zunächst wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Situation der Straßenkinder in Brasilien kann langfristig wohl nur durch ein gesellschaftliches Umdenken und massive soziale Umverteilung verändert werden. Bis es dazu kommt, sind Projekte wie das von Erê für das Überleben der Kinder aber lebensnotwendig.

CAROLA GAST ist Mitarbeiterin des Weltfriedensdienstes, zuständig für Kleinprojekte und Partnerschaftsgruppen.

EVA WUCHOLD arbeitet als Projektberaterin beim Weltfriedensdienst, zuständig für Projekte in Brasilien und Palästina.



Ein vom WFD gefördertes Projekt

Der Weltfriedensdienst unterstützt das Straßen- und Vorschulkinderprojekt finanziell. Dabei sind wir auch auf ihre Spende angewiesen. Mit 50 € finanzieren Sie zum Beispiel einen Monat lang die psychologische, medizinische und schulische Betreuung eines Kindes.



# „Warum bestraft uns die Armee?“

## Über Häuserzerstörungen in Israel und den Alltag in Hebron

**Die Zerstörung von Wohnhäusern unerschuldiger Zivilisten, der Bau einer endlosen Mauer in der Westbank, nervenaufreibende Kontrollen an willkürlichen Checkpoints, ein erschwerter Zugang zu Wohngebieten und Arbeitsstätten sind Probleme, die den palästinensischen Alltag prägen. Seit vielen Jahren bereits unterstützt der Weltfriedensdienst die palästinensische Friedensinitiative LOWNP – *Library on Wheels for Nonviolence and Peace* mit Sitz in Hebron. Anlässlich eines Besuchs in Berlin gab ihr Direktor Nafez Assaily Auskunft darüber, wie die Menschen mit diesen Problemen umgehen.**

**?** Ist Obdachlosigkeit ein Problem in Hebron?

Die Zerstörung von Wohnraum wird von der israelischen Besatzung als eine Methode benutzt, um uns zu bestrafen. Nicht nur diejenigen, die etwas getan haben, sollen bestraft werden, sondern auch deren Familien. Darüber hinaus soll allen anderen gezeigt werden: „Tut dieses oder jenes besser nicht oder euer Haus wird zerstört!“ Wenn die israelische Armee Häuser zerstört, dann gibt es obdachlose Familien. Die ziehen dann zu Familienangehörigen und bleiben dort für ein oder zwei Monate wohnen bis sie wieder etwas Eigenes gefunden haben. Ansonsten versorgt das Rote Kreuz sie mit Zelten, damit sie vorübergehend darin wohnen können – aber nicht dauerhaft. In Hebron spielen Kinder auf der Straße, aber es gibt keine Straßenkinder. Abends gehen sie alle nach Hause und schlafen bei ihren Familien. Obdachlosigkeit in diesem Sinn ist kein großes Problem. Aber wenn das Haus zerstört wird – und fast jeder steckt hier schließlich ein ganzes Vermögen in sein Haus – bedeutet es, dass die Zukunft der Menschen zerstört wird und sie hoffnungslos, hilflos und natürlich auch



verzweifelt zurückbleiben. Viele Menschen haben ihre Häuser durch die israelische Armee verloren. Dann haben sie Häuser aus Wellblech gebaut und darin gewohnt. Es dauert Jahre, um das Geld zu verdienen und dann ein neues Haus zu bauen. Ernste Wohnraumprobleme gibt es immer nur für eine kurze Zeit, wenn Häuser zerstört worden sind, aber dafür wird dann immer schnell eine Lösung gefunden.

**?** Wie ist die Situation in Hebron?

Die Stadt ist geteilt, aber nicht durch eine Mauer, wie man es von der West Bank kennt, sondern vielmehr durch Tore, um die Straßen abzusperren. Aber lassen Sie mich über die Geschichte der Stadt im Allgemeinen sprechen. Nach Oslo II und dem Hebron Protokoll war Hebron eine Zone unter palästinensischer Verwaltung. Da die Israelis aber Siedlungen in der Altstadt haben, wurde die Stadt geteilt – in H1 und H2. Hebron 1 ist hauptsächlich der Teil außerhalb der Altstadt und hat etwa 170.000 Ein-

wohner unter palästinensischer Kontrolle. Hebron 2 – und das ist der östliche Teil der Stadt in der Nähe der jüdischen Siedlungen – steht vollständig unter israelischer Kontrolle, Verwaltung und Sicherheit. Insgesamt leben dort ca. 40.000 Palästinenser und direkt in der Altstadt, auf ungefähr 1 km<sup>2</sup>, leben um die 6.000 Palästinenser mit etwa 400 Siedlern, die wiederum von 2.000 israelischen Soldaten geschützt werden. Weil die Armee es den Siedlern recht machen will und nicht als Verräterarmee beschimpft werden möchte, reagieren sie fast immer auf die Forderungen der Siedler. „Sperrt diese Straße“ – und sie sperren die Straße. „Verhängt eine Ausgangssperre“ – und es wird eine Ausgangssperre verhängt. Die Siedler sind die eigentlichen Herrscher hier in dieser Gegend. Es leben viele Menschen in der Altstadt, aber viele davon ertragen die Demütigungen und Erniedrigungen der Siedler und der Armee nicht mehr und sind weggezogen. Einige, die Land besitzen, haben Häuser gebaut und sind dorthin gezogen. Die Läden in der Altstadt wurden geschlossen und viele haben in H1 neue Geschäftsmöglichkeiten gefunden. Diejenigen, die jedoch keine Alternativen hatten – das sind die 6.000 von denen ich sprach – sind geblieben. Alle Geschäfte







? Sind Sie persönlich von der Teilung betroffen?

Im Sommer lebe ich in Hebron. Mein Haus liegt etwa 100 Meter südlich der Siedlung Harsina. Früher, in den späten 80ern, während der ersten Intifada, haben sie einen Sicherheitszaun um Harsina herum gebaut. Später, seit 2000, haben sie den Sicherheitsbereich um die Siedlung langsam ausgedehnt und heute steht der Grenzzaun nur wenige Meter von meinem Haus entfernt. Das Land gehörte mir und einigen Nachbarn und wir haben dort Wein und Oliven angebaut. Sie haben uns das Land einfach weggenommen, die Bäume gefällt und das Feld planiert. Ich verstehe das Bedürfnis nach Sicherheit der Siedler. Ich verstehe auch, dass sie uns unser Land deswegen wegnehmen. Was ich aber nicht verstehe ist, dass ich jeden Tag zwei Kilometer von meinem Auto nach Hause laufen und dabei zwei israelische Checkpoints passieren muss. Östlich von meinem Haus verläuft die Straße, die Harsina und die Siedlung Kiryat Arba weiter im Süden verbindet. Das Land neben der Straße haben sie auch konfisziert, und Palästinenser können die Straße nur an den Checkpoints überqueren oder einen großen Umweg um die Siedlungen herum machen. Ich muss mein Auto jenseits der Straße parken, mit allem Gepäck durch die beiden Checkpoints und dann zwei Kilometer zu Fuß gehen. Wenn wir Material brauchen, um unsere Häuser zu reparieren, müssen wir es tragen. Es gibt keine Möglichkeit, mit dem Auto zu unseren Häusern zu gelangen. Warum bestraft die Armee uns, nachdem sie uns schon das Land zur Sicherheit der Siedler weggenommen hat? Was wir hier sehen ist weniger die Politik der Armee, sondern die der Siedler, um uns das Leben schwer zu machen, damit wir hier letztendlich wegziehen. Vor Gericht haben wir keine Chance. Es ist eine militärische Anordnung, und daran können wir nichts ändern. Die Wohnsituation wird dazu benutzt, uns zu bestrafen, das ist unser Problem mit Wohnraum in Hebron.

Das Interview führte und übersetzte PETER OEHMEN, Sozialwissenschaftler und Mitglied der Querbrief-Redaktion.

sind geschlossen – bis auf 62 Läden, die von 9 – 14 Uhr geöffnet sind – danach ist das Zentrum eine Geisterstadt.

Unter anderem haben wir die Kampagne „Buy and Win“ ins Leben gerufen, um mehr Menschen zum Einkaufen in der Altstadt zu bewegen. Durch mehr Käufer sollen mehr Geschäfte öffnen und die Stadt belebt werden. Vielleicht kehren so längerfristig auch wieder mehr Familien in Hebrons Altstadt zurück.

Es gibt kleine Häuser mit nur einer Etage, die meistens privat genutzt werden. Miet- und Eigentumswohnungen werden von Wohnungsbauprojekten angeboten und es gibt natürlich noch die Villen der reichen Leute – die schönen mit Kameras und Satellitenschüsseln.

? Welche Einschränkungen gibt es im Alltag?

Wenn beispielsweise die Kinder zur Schule gehen, werden sie von den

Kindern der Siedler und oft auch den Siedlern selbst erniedrigt, beschimpft oder auch mit Steinen beworfen.

Palästinenser, die hier leben, müssen die streng kontrollierten israelischen Checkpoints passieren. Wenn ich eine Familie besuchen möchte und kein Familienangehöriger bin, werde ich nicht durchgelassen. Man braucht einen Grund, um passieren zu können und das ist alles nur aus Sicherheitsgründen, sagen sie. Sie übertreiben mit der Sicherheit. Sicherheit wird zum Komplex in der israelischen Gesellschaft, und ich weiß nicht, wie sie in einigen Jahren damit umgehen wollen.

Durch die Teilung haben die Menschen den Kontakt zueinander verloren. Ich meine, sie haben wohl telefonischen Kontakt, aber sie müssen sich auch besuchen können. Das ist aber deren Politik, sie wollen die Menschen dazu bringen wegzuziehen und ihnen keine Zeit zum Nachdenken geben. Sie wollen die Menschen bestrafen, das ist uns allen klar.



# „Unser Haus ist die Natur...“

## Die Landrechte der Indígenas in Argentinien

Katrin Steinitz

**Im Ausland ist es kaum bekannt: Etwa 1,5 Millionen Menschen in Argentinien sind Indígenas. Noch immer ringen die Ureinwohner um ihre Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürger durch die Mehrheitsbevölkerung, die aus Abkömmlingen europäischer Einwanderer besteht. Seit vielen Jahren unterstützt der Weltfriedensdienst die Indígenas dabei, ihre Landrechte durchzusetzen.**



Seit Menschengedenken leben die Indígenas im Einklang mit Pacha Mama, der Mutter Natur. Auf Ländereien, die seit Jahrhunderten den Dorfgemeinschaften gehören, bauen sie Obst und Gemüse an, Schafe, Lamas, Alpacas und Vicuñas geben ihnen Fleisch, Milch, Käse und Wolle für warme Kleidung. Die Gemeinden, die noch nicht von ihrem Land vertrieben wurden, um Bergbauunternehmen, Plantagen oder Straßen Platz zu machen, sehen indes einer ungewissen Zukunft entgegen.

Nur mit verbrieften kollektiven Landrechten auf die Ländereien ihrer Vorfahren haben die Indígenas eine Chance auf ökonomisches und kulturelles Überleben im modernen Argentinien. Zum einen, weil sie damit ihre tradierte Produktionsweise fortsetzen können: Die Felder wurden immer in

der Dorfgemeinschaft bewirtschaftet, die Herden gehörten allen, die Erträge wurden nach Bedürftigkeit verteilt. Zum anderen aber auch, weil angesichts der Begehrlichkeiten von Staat und Unternehmen, das Indioland für Kapitalverwertungsinteressen zu nutzen, ein Kollektiv immer kraftvoller Widerstand leisten können, als es der und die Einzelne vermag. Bleibt das Land dauerhaft in den Händen derer, die es seit Jahrhunderten bewohnen und kultivieren, ist dies zugleich die beste Garantie dafür, dass die unschätzbaren natürlichen Reichtümer Argentiniens von den Cordilleren der Voranden im Norden bis zur spektakulären Flora und Fauna Feuerlands im Süden erhalten bleiben.

### COAJ – damit die indigenen Völker Jujuy's gehört werden

Bevor der ‚Rat der Organisationen der Ureinwohner Jujuy's‘ – *Consejo de Organizaciones Aborígenes de Jujuy*, COAJ vor 15 Jahren gegründet wurde, hatten die in der nordwestlichen Provinz lebenden Kolla, Ava Guarani, Quechua, Omaguaca, Atacama und Ocloya keinerlei Interessenvertretung. COAJ hat es sich zur Aufgabe gemacht,

den indigenen Völkern der Provinz eine Stimme zu geben. Die ehrenamtlich tätigen MitarbeiterInnen von COAJ stärken die Gemeinden in allen Belangen, die für Ihr Leben und Überleben relevant sind – von der Beratung bei der Durchsetzung ihrer Rechte über die Bewahrung der kulturellen Identität, die Unterstützung der bikulturellen Ausbildung und Erziehung, die Förderung der Organisationskapazität, die Gesundheitsvorsorge bis zur Unterstützung von Familien-Kleinunternehmen.

Auch in Jujuy steht der juristische Kampf für die Anerkennung der indigenen Rechte und vornehmlich der Landrechte der Gemeinden ganz oben auf der Agenda. Tausende Angehörige des in der subtropischen Region Ramal lebenden Volkes der Ava Guarani mussten schon in den letzten Jahrhunderten ohnmächtig zusehen, wie weiße Hacienderos auf ihrem angestammten Land große Zuckerrohrplantagen anlegten und damit ihre Existenzgrundlage zerstörten. Die meisten von ihnen leben heute in Armentvierteln am Rande der prosperierenden Zuckersiedlungen; die Familien, in denen wenigstens ein Mitglied Arbeit auf einer Plantage gefunden hat, können sich glücklich schätzen.



Seit dem Jahr 1999 unterstützt und berät der Weltfriedensdienst im Rahmen eines Menschenrechtsprojekts den Rat der Organisationen der Ureinwohner Jujuy bei seinen Bemühungen um die rechtliche Garantie kollektiver Landtitel für die indigenen Gemeinden. Das Projekt wirkte dabei von Anfang an parallel auf drei verschiedenen Ebenen.

## Papier ist geduldig – ohne Lobbyarbeit läuft nichts

Politisches Lobbying auf nationaler und Provinzebene ist nötig, um Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen bzw. die Durchsetzung vorhandener Gesetze zu erwirken. Die Bemühungen der Projektmitarbeiter auf diesem Feld sollten sich bald als Titanenaufgabe erweisen. Dabei sind die juristischen Voraussetzungen auf Bundesstaatsebene längst gegeben: Unter dem bis heute verehrten, schillernden Populisten Perón waren nach dem 2. Weltkrieg Unternehmen, die wie überall in Lateinamerika das Land der Ureinwohner in Besitz genommen hatten, enteignet worden. Das Land – Tierras Fiscales oder Staatsland genannt – das zur Rückgabe an die eigentlichen Eigentümer vorgesehen war, ist indessen mehr als 50 Jahre später noch immer juristisches Niemandsland. Nationale und internationale Unternehmen, die die Ländereien nutzen wollten, um Bodenschätze zu fördern, Straßen zu bauen, Großplantagen anzulegen oder eine touristische Infrastruktur aufzubauen, konnten bisher nahezu ungehindert vorgehen.

Eine der ersten erfolgreichen Maß-

nahmen des Projekts COAJ-WFD war es, das in der nationalen Gesetzgebung verbürgte Recht der Indígenas auf Eigentumstitel für ihr Land in der Provinzgesetzgebung zu verankern. Doch seither geht der Prozess nur sehr mühselig voran, jeder Fortschritt muss hart erkämpft werden. Mit geradezu krimineller Energie verhinderten ‚interessierte Kreise‘ jahrelang, dass im Haushalt der Provinzregierung vorgesehene Mittel für die Vermessung des Indiolandes – Voraussetzung für die Gewährung kollektiver Landtitel – freigegeben wurden.

## Grassrootarbeit: Stärkung des Selbstbewusstseins der indigenen Gemeinden

Beschränkten sich die Bemühungen von COAJ auf die Beeinflussung der politischen und juristischen Rahmenbedingungen zugunsten von Landrechten, wäre nicht viel gewonnen. Denn nur Gemeinden, die sich ihrer Identität und Geschichte bewusst sind, werden motiviert genug sein, den beschwerlichen Weg zu gehen, ohne den Mut zu verlieren. Jahrhunderte der Entmündigung, Willkür und bis heute anhaltende Diskriminierung durch Behörden und Vertreter der weißen Mehrheitsgesellschaft sowie ein anhaltender Anpassungsdruck haben ihre Spuren hinterlassen. Schicksalsergebenheit war noch vor einiger Zeit in den indigenen Gemeinden Jujuy verbreitet. Naty und Jorge, Clara, Susana, Ivana, Juan, Pablo und Germán – die Mitarbeiter von COAJ – kennen diese Mentalität aus eigener Erfahrung, sind sie doch selbst ausnahmslos Kolla,



Guaranies oder Ozcloa. An Abenden und Wochenenden besuchen sie die mittlerweile 150 assoziierten Gemeinden, von denen die meisten nur nach mehrstündigem Fußmarsch zu erreichen sind. Die gewählten Vertreter beraten sie zu vielfältigen Fragen, angefangen bei der Trinkwasserversorgung über Fördermöglichkeiten für den Sekundarschulbesuch der Kinder und für Einkommen schaffende Kleinprojekte bis hin zur Gesundheitsversorgung. Mit der besseren Bewältigung des Alltags wächst das verschüttete Selbstbewusstsein der Indígenas.

## Die eigenen Wurzeln finden

Martín Mamani, 26 Jahre alt, verkörpert in seiner Person ein neues Selbstbewusstsein. Als wir ihn besuchen, schreibt er gerade an einem Kleinprojekteantrag für ein Schafzuchtprojekt. Mit einer Mischung aus Bescheidenheit und Stolz führt er uns eine halbe Stunde später durch das von ihm und Freunden aufgebaute Museum in La Quiaca, das die Geschichte der Kolla illustriert. Mit anderen Freunden macht er eine kommunale Radiosendung für Indio Gemeinden. Und am Abend nimmt er als gewählter Wortführer seines Dorfes an einer Versammlung der Puna-Gemeinden des Rates der Indigenen Völker von Jujuy, COAJ, teil.

Martín ist der jüngste *Dirigente* der Gemeinden, mit denen COAJ zusammenarbeitet. Die meisten jungen Leute







aus den entlegenen Dörfern von Jujuy haben inzwischen ihren Geburtsort verlassen. Sie versuchen, sich an die weiße Gesellschaft anzupassen, suchen ihr Glück in der Landeshauptstadt San Salvador de Jujuy, in Salta, der touristischen Hauptstadt der Nachbarprovinz oder in Buenos Aires. Warum ist Martín anders? Was treibt diesen jungen Mann, der einmal Sportlehrer werden will, um? Woher nimmt er die Kraft für seine zahllosen Aktivitäten? Martín Mamani, der aus der Gemeinde Piedra Negra stammt, spricht mit Wärme davon, wie COAJ-Mitarbeiter ihm geholfen haben, seinen Weg zu finden. Er wisse jetzt, wo er herkomme und dieses Wissen habe ihn stark gemacht. Mit dem Museum, dem Radiosender, in seinem Amt als Gemeindeglied, wolle er vor allem dazu beitragen, dass Mädchen und Jungen nicht länger in Drogenkonsum oder gar in den Selbstmord flüchten ... weil

sie ihre Wurzeln verloren haben. Das gewachsene Vertrauen in COAJ schlägt sich auch darin nieder, dass die zahlreichen partizipativen Workshop-Angebote der Organisation mittlerweile in überwältigender Weise angenommen werden. Frauen – oft mit ihren Kindern – und Männer, Junge und Alte, legen dafür die Wegstrecke der COAJ-Mitarbeiter in umgekehrter Richtung zurück.

### Rechtsberatung der Gemeinden

Die Gemeindebesuche und die Workshops zu Landrecht, Berg- und Umweltrecht sind auf fruchtbaren Boden gefallen:

- Die gewählten Gemeindevertreter kennen die nötigen Schritte für den Erwerb kollektiver Eigentumstitel. Zunächst muss jede interessierte



### Rechte für indigene Völker

Neben vielen anderen Organisationen arbeitet COAJ auch mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zusammen. Die ILO hat im Juni 1989 ein Übereinkommen getroffen, das grundlegende Rechte für indigene und in Stämmen lebende Völker garantiert.

Dazu gehören das Recht auf

- Gewährung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne Unterschiede
- Gestaltung der eigenen Zukunft und der kulturellen Identität
- Gemeinschaftliche Strukturen und Traditionen
- Land und Ressourcen
- Gleichberechtigung vor Verwaltung und Justiz
- Beschäftigung und angemessene Arbeitsbedingungen
- Beteiligung an Entscheidungen, die diese Völker betreffen

Die ILO-Konvention Nr. 169 trat 1991 in Kraft. Im Jahre 2000 wurde sie von Argentinien ratifiziert. Die ILO gehört als Sonderorganisation zum System der Vereinten Nationen.

Gemeinde ihre Anerkennung als juristische Person erwirken – Voraussetzungen dafür sind, dass sie anhand der Gemeindechronik ihre Geschichte dokumentieren und sich mit den Nachbargemeinden bei eventuellen Grenzstreitigkeiten auf ihr angestammtes Territorium geeinigt haben. Erst dann kann die Landvermessung vorgenommen werden.

- Inzwischen lässt sich keine der COAJ-Gemeinden mehr widerspruchsfrei vertreiben. Beobachten sie Fremde dabei, wie sie auf ihrem Territorium Bodenproben entnehmen oder gar mit Bautätigkeiten beginnen, fordern sie die entsprechenden Genehmigungen bzw. Umweltgutachten von ihnen: Oft reicht dies schon, um Landnahmen zu verhindern, andernfalls benachrichtigen sie die COAJ-Geschäftsstelle. Diese kann inzwischen auf einige unbestechliche und zu sehr günstigen Bedingungen arbeitende Anwälte zurückgreifen, die unverzüglich die nötigen Schritte einleiten: Bau- und Abbaugenehmigungen überprüfen, und falls diese schon rechtskräftig sind, Entschädigungsverhandlungen zugunsten der betroffenen Kommunen aufnehmen. Die Workshops zur besseren Bewältigung des Alltags mit den Themen





Rechnungswesen, Gründung von Kleinunternehmen, Anbau- und Tierhaltungstechniken werden übrigens ebenso gut angenommen und erhöhen die Akzeptanz des Projekts.

### Erfolge, die Mut machen

In dünnen Zahlen liest sich die Bilanz nach fünf Projektjahren wie folgt: Von 150 COAJ-Gemeinden haben sich die meisten inzwischen mit ihren Nachbargemeinden auf ihre Grenzen geeinigt, 70 von ihnen haben eine Anerkennung als juristische Person erwirkt, 30 Gemeinden wurden vermessen, 14 Gemeinden haben es geschafft: Sie sind im Besitz eines kollektiven Landtitels. Was diese Zahlen jedoch nicht widerspiegeln: In der Provinz Jujuy kommt inzwischen niemand mehr an den Urinwohnern vorbei! Die mit COAJ zu-

sammen arbeitenden Gemeinden werden sich zunehmend ihrer kollektiven Identität bewusst und vertreten ihre Interessen in der Öffentlichkeit. So nahmen am Gipfeltreffen der indigenen Völker Amerikas in Buenos Aires 70 VertreterInnen aus Jujuy teil. „Wir haben noch einen langen Weg vor uns, aber wir sind nicht mehr aufzuhalten“ – so lautet die Zwischenbilanz von Natalia Sapupura. Die charismatische Generalkoordinatorin von COAJ und stellvertretende Vorsitzende von ONPIA, der Interessenvertretung aller indigenen Völker Argentiniens, war übrigens eine von sechs gewählten VertreterInnen der indigenen Völker, die Anfang November 2005 vor den 35 amerikanischen Staatschefs, die auf dem Amerikagipfel der OAS versammelt waren, die Forderungen der Indígenas präsentierten.

KATRIN STEINITZ ist Mitarbeiterin des Weltfriedensdienstes, zuständig für Fundraising und Partnerschaftsgruppen.



Ein vom WFD gefördertes Projekt

Der Weltfriedensdienst unterstützt COAJ personell und finanziell dabei, die Landrechte der Indígenas durchzusetzen. Um dies weiterhin tun zu können, benötigen wir Ihre Spende! Mit 20 € finanzieren Sie beispielsweise den Besuch eines COAJ-Mitarbeiters in einer entlegenen Gemeinde, um die Dorfgemeinschaft über ihre Eigentumsrechte aufzuklären.

## Menschenrecht auf angemessenes Wohnen

Am 10. Dezember 1948 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Es sollten allerdings noch mehrere Jahrzehnte ins Land gehen, bis die Internationalen Pakte I und II in Kraft treten konnten, die der juristisch verbindlichen Umsetzung der Menschenrechtserklärung dienen. Verschiedene Artikel der Menschenrechtserklärung beschäftigen sich auch mit dem Recht auf Wohnung, Eigentum und einen angemessenen Lebensstandard.

### Artikel 12

Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

### Artikel 17

(1) Jeder hat das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben.  
(2) Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

### Artikel 25

(1) Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

Bei der UN-Kommission für Menschenrechte gibt es einen Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen. Sein Mandat umfasst u. a. jährliche Berichte an die UN-Kommission über den weltweiten Stand der Umsetzung dieses Menschenrechts.

# Operation Murambatsvina

## Menschenrechtsverletzungen in Zimbabwe

Am 25. Mai 2005 begann die zimbabwische Regierung mit einer menschenverachtenden Aktion. Unter dem zynischen Motto „Weg mit dem Müll“ wurden Zehntausende von Hütten zerstört, dem Erdboden gleichgemacht. Zum Teil wurden die Bewohner mit Waffengewalt aufgefordert, ihre Häuser und Marktstände selbst abzureißen. Hunderttausende wurden obdachlos. Der folgende Bericht stammt von der Gruppe *Sokwanele*. Die zimbabwische Untergrundorganisation trägt einen programmatischen Namen. *Sokwanele* ist Ndebele und heißt übersetzt „genug ist genug“.



Falls jemand glaubt, das Leid, das die *Operation Murambatsvina* mit sich brachte, sei vorbei oder weniger geworden, irrt er sich gewaltig. Sechs Monate nach den brutalen Übergriffen, bei denen fast 700.000 Menschen ihr Heim oder ihre Einkommensmöglichkeit oder beides verloren (und die weitere 2.4 Millionen Menschen indirekt betrafen), geht das Leiden der Opfer weiter. Für viele ist es sogar noch größer geworden. Und die Zahl der Todesopfer unter den Vertriebenen steigt von Woche zu Woche. In ihrem Bericht über die verheerende Aktion schrieb die Leiterin des UNO-Siedlungsprogramms, Anna K. Tibaijuka bereits im Juni „...die humanitären Folgen sind enorm. Es wird mehrere Jahre dauern, bis sich die Menschen und die Gesellschaft insgesamt davon erholt haben.“ Anna K. Tibaijuka betonte des Weiteren, die Regierung Zimbabwes müsse die entstandene Notlage endlich anerkennen und nationalen und internationalen Hilfsorganisationen uneingeschränkten Zugang zu den Betroffenen erlauben. Sie verwies dabei besonders auf den dringenden Bedarf an Unterkünften, Nahrungsmitteln, sonstigen Hilfsgütern und medizinischer Versorgung.

Bisher jedoch hat die Regierung Mugabes weder eingeräumt, dass es in der Folge dieses katastrophalen Programms einen tatsächlichen Notstand gibt, noch hat sie den internationalen Hilfsorganisationen ungehinderten Zugang ermöglicht. Im Gegenteil, sie hat ihre Propaganda des Leugnens und der Täuschung fortgesetzt und verstärkt und Angebote dringend benötigter Hilfe blockiert. Als die UN einen internationalen Hilferuf vorschlug, um die obdachlosen Opfer mit Notunterkünften zu versorgen, verweigerten Mugabes Minister jedwede Kooperation. Und so wurde im September der „allgemeine Aktionsplan“ der UN in einer Größenordnung von 30 Millionen US-Dollar ohne die Unterschrift Zimbabwes mit 30 Millionen US\$ gestartet. Erst verspätet und unter großem Druck hat das Regime seine Position überdacht und der Weltgemeinschaft erlaubt, zumindest einem Teil der leidenden Bevölkerung humanitäre Hilfe zu leisten, zu Bedingungen, die noch immer nicht öffentlich bekannt gemacht wurden. Kirchen und sonstige Gruppen, die wenigstens ein paar Hundert von den Hunderttausenden von Vertriebenen halfen, stießen bei den Vertretern des Regimes fast ausnahms-

los nur auf Misstrauen, Ablehnung und offenen Widerstand. Aber die Zahlen allein, so erschreckend sie auch sein mögen, vermitteln nur wenig von den traumatischen Erlebnissen, dem Leid und der Verzweiflung der Opfer. Erst wenn man wenigstens einigen von ihnen einen Namen oder ein Gesicht gibt, wird das ganze Ausmaß des Elends deutlich. Zum Beispiel Patrick Ncube, ein junger Mann, verheiratet, Vater von zwei Kindern. Bis zum 11. Juni lebten er und seine Familie in Killarney, einem Township von Bulawayo. Ihre Lebensumstände waren mehr als ärmlich, aber dennoch nicht ohne Würde, und auch nicht ohne eine gewisse Fröh-



lichkeit Aber dann wurde an eben diesem Tag ihr kärgliches Zuhause dem Erdboden gleich gemacht, zerstört von Mugabes *Black Boots*, einer Spezialeinheit der Polizei, die über das Wohngebiet herfiel und alles zerstörte, was ihnen in den Weg kam. Die Reaktion der christlichen Gemeinden in Bulawayo war beeindruckend; sie boten den verängstigten Betroffenen in den Kirchen der Stadt eine Zufluchtsstätte. Patrick und seine Familie wurden in der Agape-Kirche in der Gemeinde Nketa untergebracht.

Dort erlebten sie nie gekannten Luxus: Wärme, Zuflucht, regelmäßige Mahlzeiten, medizinische Betreuung und ein gewisses Maß an Sicherheit – bis zum 21. Juli. Kurz vor Mitternacht dieses kalten Wintertages, der als Tag der Schande für das verachtenswerte Regime Robert Mugabes in die Geschichte eingehen wird, wurden die Agape-Kirche und Dutzende anderer Kirchen in der Stadt von der Bereitschaftspolizei gestürmt. Mugabes bewaffnete und Gummiknüppel schwingende Polizisten rissen die Schutzsuchenden, darunter auch gebrechliche Alte und kleine Babys, aus dem Schlaf, stießen sie auf wartende Lastwagen und brachten sie in ein Zwischenlager bei Helensvale, ca. 20 km nördlich der Stadt. Der Aufenthalt in Helensvale dauerte nur wenige Tage, denn die Regierung hatte vorab Kenntnis vom Bericht der UNO-Sonderbeauftragten erhalten, der kurz darauf veröffentlicht werden sollte. Nun fürchtete sie die Reaktion der internationalen Gemeinschaft und war fest entschlossen den „Schmutz“ schnellstmöglich außer Sichtweite „zu fegen“.

Zusammen mit vielen anderen wurden Patrick und seine Familie ohne Vorwarnung noch einmal verschleppt und ohne Essen, Wasser, Decken oder Aussicht auf ein Dach über dem Kopf in Spring Farm östlich von Bulawayo ausgesetzt. Dort war die Familie den Elementen ausgeliefert – und der Gnade der ebenfalls armen lokalen Bevölkerung, die nicht sonderlich darüber erfreut war, dass sie das wenige, was sie selbst hatten, nun auch noch mit anderen teilen sollte. Schließlich aber konnte durch die Hartnäckigkeit und den Mut einer kleinen Gruppe Freiwilliger der Kontakt zwischen den



Kirchen in Bulawayo und der Familie wiederhergestellt werden. Die Kirche brachte Essen und Decken, verhandelte mit den lokalen Gemeindeleitern und erreichte, dass die Familie zwar nicht Zuflucht, aber immerhin eine zeitweilige Unterkunft erhielt.

Für Patrick, der sein ganzes Leben lang gegen die entmenslichende Armut kämpfen musste, war es einfach zuviel. Einem Geistlichen, der erstaunlich viel Mitgefühl für die schlimme Notlage der Familie hatte, sagte er, er fühle sich schuldig und als Versager. Er habe darin versagt, für seine Frau und Kinder so zu sorgen, wie ein guter Ehemann und Vater es sollte.

Es gab keine Aussicht auf eine Besserung der Situation. Der Familie ging es unvergleichlich schlechter als in Killarney. Und die lokale Bevölkerung, die gezwungen war, ihnen Obdach zu gewähren, wollte auch nicht, dass sie blieben. Sie hatten keinerlei Familien- oder Clanverbindungen. Sie gehörten hier einfach nicht her. „Wir können nirgendhin“, sagte Patrick. „Niemand will uns. Die Regierung will uns aus dem Weg haben und sähe uns am liebsten tot.“ Ob aufgrund der schwerwiegenden Unterernährung, die sein Immunsystem gefährlich geschwächt hatte oder aus tiefster Verzweiflung, Patrick Ncube tat der Regierung den Gefallen. Er starb innerhalb weniger Wochen – im Alter von 39 Jahren.

Patrick Ncube ist nur ein Fall von vielen. Woche für Woche wächst die Zahl der Familien, die um Tote trauern. Nichts wird sie zurückbringen, aber vielleicht wäre es ein zumindest kleiner Trost für die trauernden Familien, wenn

sie wüssten, dass diejenigen, die dieses Verbrechen an ihnen begangen haben, eines Tages zur Rechenschaft gezogen würden. Dazu gehören die Strategen, die sich den Plan ursprünglich ausdachten, die willfährigen Politiker, und die Armeeangehörigen und Polizeichefs, die dabei mitspielten, sei es aus Überzeugung oder aus Angst. Alle von ihnen, bis hin zu den übereifrigen Schlägern Mugabes, die den Plan durchführten, müssen vor Gericht gestellt werden. Anna K. Tibaijuka forderte, sie alle müssten zur Rechenschaft gezogen werden und betonte, ihre Handlungen stellten einen Bruch sowohl des nationalen als auch des internationalen Rechts dar. Sie vor Gericht zu stellen müsse, sobald Zimbabwe Freiheit und Demokratie erreicht habe, erste Priorität für jede neue Regierung sein.

Auszug aus einem Bericht der *Sokwanele Civic Action Support Group*. Weitere Informationen unter: [www.sokwanele.com](http://www.sokwanele.com)

Aus dem Englischen übersetzt von Brigitte Walitzek und Elke Kuhne



### Spenden für Zimbabwe

Spenden für Zimbabwe werden über Partnerorganisationen des Weltfriedensdienstes an bedürftige Menschen weitergeleitet.



## Kooperationen

Der Weltfriedensdienst unterstützt entwicklungspolitische Kampagnen und ist Mitglied in zahlreichen Organisationen und Dachverbänden. Eine enge Verbindung gibt es seit langem zum Zimbabwe Netzwerk e.V., einem in Bielefeld beheimateten Verein, der 1982 gegründet wurde. Im gleichen Jahr begann auch der Weltfriedensdienst mit seinem Engagement in dem südafrikanischen Land – einem Engagement, das bis heute andauert.

# Enge Beziehungen

## Solidarität mit Zimbabwe

ZIMBABWE NETZWERK e.V.



**Christoph Beninde**

Viele unserer Mitglieder waren nach der Unabhängigkeit Zimbabwes von der Begeisterung für das neue Modell Zimbabwes getragen, einer Gesellschaft, die sich aus den Fesseln der rassistischen Siedlergesellschaft befreit hatte. Viele von uns sind als Entwicklungshelfer, oft Lehrer, in das Land gegangen oder haben sich anderweitig in Schulpartnerschaften oder anderen partnerschaftlichen Initiativen oder Gruppen engagiert, um den Aufbau zu unterstützen. Einige sind beruflich in Hilfswerken oder Nichtregierungsorganisationen tätig. Was uns alle eint, ist die enge Verbindung – oft sehr persönlicher Art – mit Land und Leuten, der Wunsch, in irgendeiner Form den Menschen – oft Freunden – dabei zu helfen, die Lebensbedingungen zu verbessern oder zu erleichtern, und die Hoffnung, in Krisenzeiten Einfluss auf die politischen Rahmenbedingungen zu nehmen.

Wir sehen es als wichtige Aufgabe an, am Beispiel Zimbabwes globale Zusammenhänge und das Gefälle zwischen Nord und Süd aufzuzeigen. Wir bringen unsere in Bezug auf Zimbabwe gewonnene Kompetenz und Expertise in die öffentliche Diskussion ein mit dem Ziel, entwicklungspolitisches

Bewusstsein und kritisches Engagement für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt zu fördern. Die Mitglieder des Zimbabwe Netzwerks sind in besonderer Weise mit den Menschen in Zimbabwe verbunden und ihren Interessen verpflichtet. So beobachten und kommentieren wir die – zur Zeit äußerst – spannungsreichen Entwicklungen in Zimbabwe sowie regionale und globale Zusammenhänge nicht nur aus europäischer Sicht und Distanz, sondern stehen in direktem Austausch mit ZimbabwerInnen und zimbabwischen NGOs.

Mitglieder des Netzwerks haben sich intensiver mit den Themenbereichen Bildung, Strukturanpassung, Verfassung und Menschenrechte, Frauen, Tourismus, Ökologie und HIV/AIDS beschäftigt und versuchen je nach Aktualität und Potential auch zukünftig daran weiterzuarbeiten. Das Netzwerk veröffentlicht zwei- bis dreimal im Jahr einen Rundbrief und zweimal im Monat einen Pressespiegel aus zimbabwischen Zeitungen. Das Netzwerk wendet sich an ZimbabwerInnen, die hier leben, ehemalige sogenannte EntwicklungshelferInnen sowie Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, an Schulen und Studierende. Außerdem ist es Ansprech- und Kooperationspartner für JournalistInnen, Teilnehmer von

Austausch- und Partnerschaftsprojekten und für Touristen und Zimbabwe-Interessierte.

Im Rahmen des KOSA-Dachverbandes (Koordination Südliches Afrika) beschäftigte sich das Netzwerk auch mit Handels- und Wirtschaftsfragen in der SADC und der Entschuldung Zimbabwes. Auch zukünftig sollen die bestehenden Kontakte zum zimbabwischen Gewerkschaftsverband ZCTU und zu anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen gehalten und verstärkt werden.

Bei der Verteidigung des Spielraums für die Zivilgesellschaft, bei der Unterstützung für dringend notwendige Aids- oder andere Projekte, bei der Abwehr weiterer Menschenrechtsverletzungen und dem Schutz Betroffener wollen wir auch in Zukunft engagiert bleiben. Ein aktuelles Beispiel ist der Ratschlag Zimbabwe vom September 2005 in Bielefeld und die daraus hervorgehende Berliner Aktion zum Tag der Menschenrechte.

CHRISTOPH BENINDE ist Geschäftsführer des Zimbabwe Netzwerk e.V. Das Zimbabwe Netzwerk hat etwa 150 Mitglieder.

Weitere Informationen unter:  
[www.zimbabwenetzwerk.de](http://www.zimbabwenetzwerk.de)

Zimbabwe Netzwerk e.V.  
August-Bebelstr. 62, 33602 Bielefeld,  
Tel. 0521-98648-52



# The Big Issue

## Die Idee einer Straßenzeitung

Luise Molling

Die Idee einer Obdachlosenzeitung stammt aus den USA und fand in Europa, zunächst in England und Frankreich, erfolgreiche Nachahmer. *The Big Issue* startete 1991 in London und erschien monatlich in einer Auflage von 50.000 Exemplaren. Die Zeitung war ein großer Erfolg. Bereits 1992 wurde das Magazin alle zwei Wochen herausgegeben, inzwischen erscheint es wöchentlich in einer Auflage von 100.000 Exemplaren und mit beachtlichem Umfang, sowohl was die Seitenzahl als auch die Auswahl der Themen betrifft. Seit rund 10 Jahren gibt es die Dachorganisation *International Network of Streetpapers*,

in der sich auch die vielen kleineren, regionalen *Big Issue*-Ausgaben in Großbritannien wiederfinden. In Deutschland wurde die Idee der Obdachlosenzeitung zuerst in Hamburg und München aufgegriffen. 1993 erschienen *BISS* im Süden und *Hinz & Kunz* im Norden.

Aber die Idee der Obdachlosenzeitung zog noch weitere Kreise: 1996 wurden die ersten *Big Issue*-Ausgaben in Australien und Südafrika gedruckt. Mit einer Auflage von 15.000 Exemplaren trägt *The Big Issue South Africa* zur Existenzsicherung von über 2.500 Verkäufern bei, etwa 250 davon verkaufen das Magazin regelmäßig. Die



meisten sind obdachlos und haben kein sicheres Einkommen. Neben dem Verdienst durch den Verkauf der Zeitungen (sie kaufen das Magazin für 3.50 Rand und verkaufen es für 6.50 Rand), erhalten die Verkäufer auch umfangreiche Beratung und Unterstützung.

## Die Geschichte eines Verkäufers

Wenn man einmal einen schlechten Tag hat, ist eine Begegnung mit dem enthusiastischen, immer lächelnden Joseph Klink genau das Richtige. Seine gute Laune, seine Energie und seine Dankbarkeit sind ansteckend, mit fast jedem in Hout Bay scheint er befreundet zu sein. Der Grund für Josephs andauerndes Hochgefühl, so erklärt er, ist die Tatsache, dass es eine Menge gibt, wofür er dankbar sein muss. „Ich war ein obdachloser Alkoholiker und Drogenabhängiger. Eines Tages habe ich gemerkt, dass das Leben keinen Sinn hat, wenn es keinen Grund gibt zu leben. Wie durch ein Wunder hörte ich von *The Big Issue* und ging zu Martha, der *Big Issue*-Verteilerin in Wynberg, ohne irgendetwas in den Händen, und sie gab mir praktisch alles. Heute habe ich über sechs Jahre lang weder Alkohol noch Drogen angefasst!“ Joseph kann gar nicht oft genug betonen, wie wundervoll Martha zu ihm gewesen ist. Die *Big Issue*-Mitarbeiter



und manche Verkäufer bezeichnet er als seine „erweiterte Familie“ und er ist froh, dass die Arbeit ihm die Gelegenheit bietet, jeden Tag so viele interessante und nette Menschen zu treffen.

Bereits als 14-jähriger fuhr Joseph zur See und reiste mehrmals um die Welt. „Ich liebe Hout Bay weil es so nah am Meer liegt. Von allen Orten in denen ich gewesen bin, ist Kapstadt definitiv der schönste Ort der Welt.“ Zurzeit lebt Joseph mit seiner Tochter und seinen Enkelkindern. „Ich verkaufe jeden Tag, weil ich meine Enkel unterstützen und nur das Beste für sie will. Ich helfe auch Freunden, die in Not sind, wenn es möglich ist. Ich weiß, wie es ist, wenn man außerhalb der Gesellschaft steht, und wenn ich jemandem etwas zu essen geben kann, freue ich mich sehr darüber. Ich habe eine zweite Chance bekommen und ich fühle mich verpflichtet, anderen zu helfen, die nicht so viel Glück hatten wie ich.“

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin Pernille Berg – aus dem Englischen übersetzt von Luise Molling.

LUISE MOLLING studiert Politologie und ist Praktikantin beim Weltfriedensdienst.



Foto: Paul Grendon – „Our Land... Our Life... Our Future...“

# Kaum Platz in der kleinsten Hütte

## Wohnungsnot in Südafrika

Karen Johné

**Südafrika-Reisende, die nach Kapstadt fliegen und vom Flughafen aus mit dem Taxi in die Touristenmetropole am Tafelberg fahren, erhalten einen ersten Eindruck von den Problemen, die Südafrika zu bewältigen hat. Der Weg führt an Khayelitsha vorbei, dem zweitgrößten Township nach Soweto. Khayelitsha – „Unser neues Zuhause“ – war von der Apartheidregierung für 40.000 Menschen geplant worden, mittlerweile sind es, Schätzungen zufolge, über eine Million Menschen, die hier dicht gedrängt leben.**

Das Township in Khayelitsha ist – wie alle anderen Townships – eine Folge der unmenschlichen Apartheidpolitik, die auch heutzutage noch sichtbar ist. Die Wohngebiete von Schwarzen und Weißen wurden weit voneinander getrennt, die schwarze Bevölkerung zwangsumgesiedelt – aus dem Zentrum in ein Gebiet 35 Kilometer vor den Toren der Stadt. Da immer mehr

Menschen vom Land in die Städte flüchteten, wuchsen die Townships in beängstigender Geschwindigkeit. Die Menschen wohnten auf engstem Raum, neue, notdürftige Behausungen entstanden, von einer ausreichenden Infrastruktur konnte keine Rede sein. Unmittelbar nach dem Ende der Apartheid versprach die neue Regierung unter Nelson Mandela, endlich angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und bereits innerhalb der ersten fünf Jahre eine Million Häuser im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zu bauen. Das Ziel wurde erreicht. Nach 10jähriger Amtszeit hatte die ANC-Regierung über anderthalb Millionen Häuser errichtet, dennoch ist der Bedarf noch lange nicht gedeckt. Noch immer ist die Wohnungsnot in Südafrika groß. Schätzungen zufolge müssen annähernd 200.000 Häuser jährlich gebaut werden, um mit dem Wachstum der Bevölkerung Schritt zu halten, insgesamt – so lauten die Berechnungen – fehlen noch immer drei Millionen Wohnungen.

Aber auch ein neu erbautes Dach über dem Kopf bringt für die Bewoh-

ner nicht immer den erträumten Wohnkomfort. Häufig sind die Häuser so klein, dass sie kaum ausreichend Platz bieten, nicht selten sind die sanitären Anlagen unzureichend oder die Kosten für Strom und Wasser so hoch, dass sie von den Bewohnern kaum getragen werden können. Ein Beispiel aus Lulekani, in der Provinz Limpopo, wo der Weltfriedensdienst ein Schutzhaus für Frauen und Kinder unterstützt, zeigt die Lücken des staatlichen Wohnungsbauprogramms: für den Anschluss an die Kanalisation sollten die Bewohner der neu erbauten Häuser selbst aufkommen – eine unrealistische Forderung an Menschen, die knapp unter dem Existenzminimum leben.

Der staatliche Wohnungsbau erhält Unterstützung von engagierten Nichtregierungsorganisationen. In der Homeless People's Federation sind über 1200 Spar- und Bauclubs zusammengeschlossen, verteilt über das ganze Land. Eine ihrer Vorsitzenden ist Patricia Matolengwe, die für ihre Initiative mehrfach – unter anderem von den Vereinten Nationen – ausgezeichnet wurde.

Bereits 1992 gründete Patricia Matolengwe den ersten Sparclub. Die Idee war, Geld in einen Fond zu sammeln, um es anderen Mitgliedern auszuleihen, die sich angesichts der Wohnungsnot selbst ein Haus bauen wollten. Nachdem die anfänglich mehr als 30.000 Mitglieder – der weitaus größte Teil sind allein erziehende Frauen – eine halbe Million Rand gespart und davon ohne Regierungshilfe 700 Wohnhäuser gebaut hatten, stellte das Wohnungsbauministerium ihnen 10 Millionen Rand zur Verfügung und legte ein Unterstützungsprogramm auf, das darauf abzielt, Eigeninitiative zu fördern und den Menschen zur

Unterstützung eine erste Finanzhilfe anzubieten. Bis heute ist der Verein auf 100.000 Mitglieder angewachsen und hat den Bau von fast 10.000 Häusern ermöglicht. Wer der *Homeless People Federation* beitreten möchte, darf nicht mehr als 800 Rand im Monat verdienen, umgerechnet etwa 100 Euro. Eine Summe, mit der man bei einer Bank keine Chance hätte, einen Kredit zu bekommen. Mittlerweile gewährt der *uTshani-Fond* der *Homeless People Federation* zinslose Darlehen zum Hausbau, wenn die Empfänger die Hälfte des Gesamtbetrages selbst angespart haben.

Das zurückgezahlte Geld wird zu 100 Prozent reinvestiert. Die preiswerte Selbstbauweise – ein Haus von 54 Quadratmetern kostet rund 1.200 Euro und ist damit deutlich billiger als staatlich gebaute Häuser – wird auch dadurch ermöglicht, dass sich die Mitglieder beim Hausbau unterstützen und Baumaterialien, z. B. Ziegel, selbst hergestellt werden. In eigenen Ziegeleien erhalten die Frauen Trainingskurse, einige haben sich auf diese Weise eine neue Einkommensmöglichkeit geschaffen.

KAREN JOHNE ist Politologin und Mitglied der Querbrief-Redaktion.

## Our Land ... Our Life ... Our Future

„Die Auswirkungen der Landenteignung auf die arme Landbevölkerung, besonders auf einer spirituellen und emotionalen Ebene, sind gewaltig und stellen die entwürdigendste Erscheinung des Lebens in Südafrika dar. Die Geschichte wird un-nach-sichtig mit uns ins Gericht gehen, wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen und zum Wohl der Millionen, die zurzeit in Armut und Elend versinken, umkehren.“

Dr. W. Mgoqi auf einer Konferenz des Trust for Community and Outreach and Education (TCOE)

Auch mehr als ein Jahrzehnt nach dem Ende der Apartheid hat sich an den Besitzverhältnissen in Südafrika nichts grundlegend geändert. Der weißen Minderheit gehören noch immer rund 80 Prozent des Bodens. Die versprochene Landreform, die 1994 im Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm der neuen Regierung festge-



schrieben worden war und eine Umverteilung von 30 Prozent des Farmlandes vorsah, ist noch lange nicht erfüllt. Der Unmut darüber wächst. Vor der letzten Wahl hatte das *Landless Peoples's Movement* eine nationale Kampagne gestartet – ihre Parole: *No Land! No Vote!* Zwei Jahre zuvor, anlässlich des Weltumweltgipfels in Johannesburg hatte es gar einen *Marsch der Landlosen* gegeben, an dem sich 15.000 Menschen beteiligt hatten.

Tatsächlich haben sich die Lebensumstände der Menschen, die auf dem Land wohnen, seit 1994 kaum verbessert. Die Hälfte der Südafrikaner lebt unter der Armutsgrenze und 70 Prozent davon leben auf dem Land. Während 80 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Bodens im Besitz von rund 55.000 weißen Farmern ist – mit einer Fläche von rund 86 Millionen Hektar zum Teil fruchtbarsten Boden – leben 12 Millionen schwarze Farmer auf nur 17 Millionen Hektar mit überwiegend schlechter Bodenqualität. Hunger und Unterernährung sind die Folge dieser Lebensbedingungen.

Über die nach wie vor tiefen Gräben der Ungleichheit berichtet eine Wanderausstellung, die – nach Stationen in Südafrika und den Niederlanden – nun auch in Deutschland zu sehen ist. *Our Land ... Our Life ... Our Future* ist Teil einer größeren Kampagne, initiiert durch den südafrikanischen *Trust for Community Outreach and Education* (TCOE). In Südafrika hatte sie vor allem das Ziel, die öffentliche Diskussion anzuregen und den Menschen in den ländlichen Gebieten die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen, ihre Enttäuschungen und Hoffnungen zum Ausdruck zu bringen.

In Deutschland wird die Wanderausstellung von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) koordiniert, im Frühjahr 2006 wird sie in Berlin zu sehen sein.

Weitere Informationen, Materialhinweise und alle Ausstellungstermine finden Sie unter [www.our-land.de](http://www.our-land.de)

# Budgethilfe versus Projekthilfe

Entwicklungspolitische Diskussion bei der WFD-Mitgliederversammlung

Sabine Hepperle

**In der aktuellen Diskussion um die Neuausrichtung der deutschen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wird seit einiger Zeit verstärkt die Nutzung neuer Instrumente angemahnt: Mit Hilfe direkter finanzieller Beteiligung an Sektorprogrammen der Regierungen in den Entwicklungsländern (Basketfinanzierung) bzw. der Unterstützung der Staatshaushalte (Budgetfinanzierung) wird ein effektiverer Weg der Kooperation gesucht. Dadurch soll die bisher übliche Programm- und Projekthilfe sukzessive abgelöst werden. Dass eine künftige Neuorientierung bei der Vergabe deutscher EZ-Mittel auch Auswirkungen auf die Projektarbeit des WFD haben könnte, war Grund genug, um das Thema auf der diesjährigen Mitgliederversammlung aufzugreifen.**



Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit kommen aus verschiedenen Töpfen

Als Vertreter des Budgethilfe-Ansatzes war Roger Peltzer eingeladen worden, langjähriger Mitarbeiter der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Nord-Süd von Bündnis 90/Die Grünen. Er erläuterte kurz den Ansatz der Budgethilfe, der eindeutig auf die staatliche EZ fokussiert sei. Durch eine direkte Unterstützung staatlicher Programme – z. B. die Bezuschussung des Bildungsetats zur Verbesserung der Grundschulversorgung – verfolge er zwei wesentliche Ziele: Für die Empfängerländer werden die „Transferkosten“, d. h. der vielfältige Aufwand für Projekt- und Programmszusammenarbeit in den Planungs- und Abwicklungsprozessen mit einer Fülle unterschiedlicher Geldgeber geringer, gleichzeitig erhöht sich der Grad an „ownership“, also an Eigenverantwortung und Selbststeuerung bei den Partnerländern.

Anhand von Beispielen wie Südkorea, Elfenbeinküste oder Uganda versuchte Peltzer aufzuzeigen, dass für nachhaltige Entwicklungserfolge vor allem der Organisationsgrad von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft maßgeblich sei – und damit eine der Voraussetzungen für dynamische Reformprozesse darstelle. Der neue EZ-Ansatz betrachtet daher die Budgethilfe als wirksames Instrument zur Stärkung der lokalen Eigenverantwortung, vor allem bezogen auf Bedarfserfassung und Mittelvergabe für national ausgerichtete Programme z. B. im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Dass sowohl bei der Planung als auch bei der Durchführung solcher Programme die kritische und unterstützende Beteiligung der Zivilgesellschaft notwendig sei, verstehe sich aus Sicht der deutschen entwicklungspolitischen Ansätze allerdings von selbst. Mit Blick auf den EU-Ansatz wies Peltzer auf die bekannte Problematik

der Verschiedenartigkeit in der Geberlandschaft hin, die die Verwaltungen der Empfängerländer oftmals überfordere und letztlich sehr hohe Kosten verursache. Zudem führe diese Fülle an oft nicht abgestimmten Einzelprogrammen und -projekten der EU und der EU-Länder auch dazu, dass in den Ländern des Südens die Logik dieser Unterstützungsleistungen nicht nachvollziehbar ist, sie vielmehr als nicht transparent und undemokratisch angesehen werden. In der Folge fehle diesen Entwicklungsvorhaben dann oft der Grad an Legitimität, der für eine erfolgreiche Umsetzung notwendig sei. Dagegen böten die Budgethilfeprogramme der EU den Vorteil für die Empfängerländer, ihre jeweiligen staatlichen Sektorbudgets auf nationaler Ebene besser planen zu können. Erfolgskontrolle erfolge bei diesem Instrument über „outputorientierte“ Indikatoren, eine weitere Finanzierung sei somit davon abhän-



gig, ob bestimmte Ziele in einem definierten Zeitraum erreicht worden sind. Hier könnten z. B. die erhöhte Rate von Einschulungen zählen oder der deutliche Rückgang einer bestimmten Krankheit.

Hauptkritikpunkt an der Budgethilfe, so Roger Peltzer, sei eine vermeintlich höhere Korruptionsanfälligkeit, da Budgethilfe eben direkt in die staatliche Finanzverwaltung eingespeist werde – und viele Staaten dafür bekannt seien, dass innerhalb ihrer Verwaltungen einer hoher Grad an Korruption vorherrsche. Da aber Budgethilfe zum einen nur an Staaten vergeben werden sollte, die funktionsfähige staatliche Strukturen und eine „Mindestbilanz“ an Good Governance vorlegen könnten, zudem solche Unterstützungsprogramme auch immer durch einen Politikdialog begleitet würden, wären inzwischen nach Meinung Peltzers auch viele afrikanische Staaten durchaus in der Lage, Budgethilfe effektiv zu nutzen. Peltzers positives Resümee des Budgethilfansatzes konzentrierte sich auf die Aspekte

- höhere Effizienz durch Verminderung der Transferkosten,
- demokratischere Kontrolle durch die Rolle von Parlamenten bei der Budgeterstellung und
- Aufbau von selbst regulierenden Mechanismen unter Einschluss der Zivilgesellschaft.

Im Anschluss an Roger Peltzers Ausführungen erläuterte Siegfried Schröder, Projektberater beim Weltfriedensdienst, den Ansatz der Projektförderung anhand der Arbeit des WFD. Nach einem kurzen Überblick über die typischen Projektmodelle des WFD wurde ausgeführt, dass bei einer Fülle von Einzelprojekten, wie sie der WFD unterstütze, der Sinn einzelner Vorhaben immer wieder kritisch zu diskutieren sei. An vielen Projekten z. B. in Guinea Bissau, Tansania und Südafrika wurde jedoch beispielhaft aufgezeigt, wie durch die direkte Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen sichergestellt werden könne, dass die bereit gestellten Mittel tatsächlich auch die Zielgruppen erreichten. Zudem verwies Schröder darauf, dass der WFD im



Gegensatz zu staatlichen Institutionen stets auch auf Spenden angewiesen sei, um EZ-Maßnahmen finanzieren zu können. Spendeneinnahmen ließen sich aber leichter mobilisieren, wenn ein direkter Projektbezug vorläge.

Die zentrale Frage sei jedoch, ob mit der Projektförderung tatsächlich auch nachhaltige Entwicklungseffekte erzielt werden könnten. Mit Verweis auf langjährige Projekte in Zimbabwe und Tansania, führte Siegfried Schröder aus, dass die während der Projektzusammenarbeit durchgeführte eigenverantwortliche Weiterentwicklung von Strukturen sowie die Kompetenzerweiterung lokaler Fachkräfte ihre Wirksamkeit durchaus über die Projektlaufzeit hinaus entfalten konnten. Dies seien klare Erfolge im Sinne der Nachhaltigkeit. Projektförderung habe ihren Schwerpunkt vor allem in der Stärkung lokaler Kompetenzen in zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Zusammenfassend ließe sich also feststellen, dass aus Sicht des WFD wirtschaftliche Entwicklung, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit nur dann zu erzielen seien, wenn die betroffenen Menschen aktiv an entsprechenden Unterstützungsprogrammen beteiligt sind. Sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit zum Wohle marginalisierter Bevölkerungsgruppen müsse sicherstellen, dass

lokale NGOs sich in nationale Prozesse z. B. der Armutsbekämpfung kompetent einmischen könnten. Der WFD achte bei seiner Projektkooperation deshalb darauf, dass Partnerorganisationen ihre Kompetenzen und Bedürfnisse in entsprechende Netzwerke einbringen können – wichtige Schritte, um „ownership“ auch auf der projektübergreifenden Ebene sicherzustellen.

Die anschließende Diskussion wurde sehr engagiert geführt, wobei in den Beiträgen eine eher kritische Haltung gegenüber dem Budgethilfe-Ansatz zum Ausdruck kam. Allerdings wurde auch Selbstkritik an WFD-unterstützten Projekten geübt – nicht immer hätten sie zu dem erwünschten Ergebnis geführt. Deutlich wurde aber vor allem, dass es bei der Diskussion „Budgethilfe versus Projekthilfe“ nicht um ein „entweder – oder“ gehe, sondern vielmehr um eine klarere Aufgabenteilung. Bei der Budgethilfe ginge es um die Ebene der staatlichen Zusammenarbeit, die Projektförderung dagegen konzentriere sich auf die Zivilgesellschaft. Aufgabe des Weltfriedensdienstes – darin waren sich alle Anwesenden einig – sei auch weiterhin die Unterstützung der Zivilgesellschaft im Süden.

DR. SABINE HEPERLE ist Mitglied im Vorstand des Weltfriedensdienstes.

# WFD Intern

## Kreative Jugend

Zum 5-jährigen Bestehen der brasilianischen Organisation Grupo AdoleScER sind Jugendliche der Gruppe mit Pinsel, Farbe und jeder Menge Phantasie kreativ geworden.



Unter dem Motto „Achtsam mit dem Sein umgehen“ ist dabei ein besonders schönes Telefon- und Adressbuch entstanden, mit zahlreichen eindrucksvollen Zeichnungen der Jugendlichen. Es kann beim Weltfriedensdienst bestellt werden und kostet 5,50 Euro (zuzüglich Versandkosten). Die Einnahmen aus dem Verkauf dieses Buches unterstützen das Projekt in Brasilien. Eine Geschenkidee – nicht nur zu Weihnachten!

## Ein Tag für Senegal

Erfreulich viele Schülerinnen und Schüler beteiligten sich am ‚Tag des sozialen Engagements‘ des Amos-Comenius-Gymnasiums in Bonn, der in diesem Jahr zum ersten Mal stattfand. Während die älteren SchülerInnen an diesem Tag in Tierarztpraxen, Kindergärten und Supermärkten halfen, um mit ihren Löhnen das Ressourcenschutzprojekt ProNat im Senegal zu unterstützen, bastelten die jüngeren SchülerInnen für einen Weihnachtsmarkt, dessen Erlös ebenfalls in das Projekt fließen wird.

## Partnerschaftlicher Einsatz

Vom Gymnasium Alfeld aus Niedersachsen erreichte uns eine Spende in Höhe von 950.– Euro zugunsten ihres Partnerprojektes, der Vor- und Grundschule CEPOMA in Nordostbrasilien, mit der das Gymnasium Alfeld schon seit vielen Jahren eine Partnerschaft pflegt.

Die beachtliche Summe wurde im vergangenen Schuljahr durch Kuchenverkäufe in den Pausen, durch Überschüsse einer Klassenparty sowie mit den Erlösen des Eine-Welt-Ladens von den SchülerInnen des Gymnasiums „erwirtschaftet“.

## Solidarische Töne

Ebenfalls zugunsten der brasilianischen Organisation Grupo AdoleScER veranstaltete der Hochheimer Förderkreis für Brasilien – nun bereits zum dritten Mal – ein großes Benefiz-Gala-konzert. Gemeinsam mit der Konzertorganistin Kirsten Thur sorgte der Mainzer Startenor Uwe Deller für einen unvergesslichen Abend. Mit dem Erlös des Konzertes in Höhe von 1.570,69 Euro können über 100 Jugendliche, die in dem Projekt zu sogenannten Informations-MultiplikatorInnen ausgebildet werden, drei Monate lang täglich eine Mahlzeit erhalten.

## Guinea Bissau im Wetteraukreis

Mit der Lebenssituation in Ländern des Südens beschäftigte sich die Klasse 6G2 der Henry-Benrath-Schule des Wetteraukreises in ihrem Abschlussprojekt für den Erdkundeunterricht. Dabei entstand die Idee, Spenden für SchülerInnen in Guinea Bissau zu sammeln. Und so verwandelten sich für einen Vormittag die SchülerInnen in eifrige FlohmarkthändlerInnen, flinke SchuhputzerInnen und fröhliche MusikantInnen, stellten Plakate zusammen und informierten Passanten in den Straßen über die Lage in Guinea Bissau. Ihre phantasievolle Aktion brachte einen Erlös von 315.– Euro.



## Mitgliederversammlung

Am 5. und 6. November 2005 fand im Haus der Demokratie die diesjährige Mitgliederversammlung des Weltfriedensdienstes statt. Auf besonders großes Interesse stieß bei den Anwesenden die Diskussion „Budgethilfe versus Projekthilfe“, die in diesem Heft in einem ausführlichen Artikel dargestellt wird. Die nächste Mitgliederversammlung wird Anfang November 2007 stattfinden.

## Abschied & Willkommen

Sehr herzlich heißen wir neue Kolleginnen und Kollegen willkommen, die im Jahr 2005 mit ihrer Arbeit als KooperantIn oder Friedensfachkraft beim Weltfriedensdienst begonnen haben. Mit einem herzlichen Dank verabschieden wir uns von den Kolleginnen und Kollegen, die mittlerweile den Weltfriedensdienst verlassen haben, um sich neuen Tätigkeiten zu widmen.

**Hans Schröder**, Diplom-Ingenieur und Außenhandelsökonom, arbeitet seit April 2005 in der Berufsbildungsschule in Chimoio/Mosambik. Er wird dort vor allem mit den jungen Absolventen der Schule arbeiten und ihnen Wege in die Selbstständigkeit aufzeigen.

Auch **Wolfgang Kastens**, Berufsschullehrer aus Hamburg, mit dem Schwerpunkt Holztechnik, unterstützt seit August 2005 die *Escola de Artes e Ofícios* in Chimoio. Er ist der Nachfolger von **Gerd Hohmann-Schmitz**, der nun wieder in Berlin seine Zelte aufgeschlagen hat und gemeinsam mit seiner Frau Gabriele Schmitz eine Pension in Neukölln betreibt.

**Jerome Njabou**, Politologe, arbeitet seit August 2005 als Friedensfachkraft in Burundi. Auch dort werden – ähn-

lich wie in Zimbabwe und Südafrika – Friedenforen eingerichtet, um den Frieden des Landes zu stärken und zu stabilisieren.

**Usche Merk**, Pädagogin, wird Anfang 2006 nach Südafrika gehen, um als Friedensfachkraft bei *Sinani/Programme for Survivors of Violence* zu arbeiten. Sie wird dort unter anderen mit der ehemaligen WFD-Kooperantin **Antje Nahnsen** zusammenarbeiten, die nun als Kurzzeitberaterin für den Weltfriedensdienst tätig ist.

**Ulrike Schießl**, Sozialarbeiterin, übernimmt die Nachfolge von **Mirjam de Vries** in Hebron. Sie wird dort als Friedensfachkraft das Jugendprojekt von *LOWNP – Library on Wheels for Nonviolence and Peace* unterstützen.

Verstärkung gibt es ab Frühjahr 2006 im Harare-Büro des Weltfriedensdienstes. **Andreas Kunert**, Soziologe, wird dann die Nachfolge von **Frieder Bredt** antreten und gemeinsam mit Nicola Busse die Arbeit des Weltfriedensdienstes im Südlichen Afrika koordinieren. Frieder Bredt lebt inzwischen wieder bei seiner Familie in Sambia.

Auch für **Undine Kayser**, **Alejandra Maass Cruzat**, **Gabriele Walz**, **Dietmar Fandrich** und **Marlene Striepecke** endete im Laufe des Jahres 2005 ihre Tätigkeit beim Weltfriedensdienst. Wir bedanken uns für ihr Engagement.

## Summa Summarum 25 Jahre



Fast hätten wir ihr Dienstjubiläum vergessen, aber unsere Kollegin Monika Hornig hat nicht nur die Budgets im Kopf und fest im Griff, sondern auch alle anderen wichtigen Zahlen und Daten parat. Seit einem Vierteljahrhundert kann der Weltfriedensdienst mit Monika Hornig rechnen und auf sie zählen – in guten wie in (etwas) schlechteren Zeiten. Darüber sind wir sehr froh und gratulieren ihr sehr herzlich.

## Neujahrswünsche

Wir wünschen unseren Mitgliedern, Freundinnen und Freunden ein gesundes, friedvolles Neues Jahr und bedanken uns für die vielfältige Unterstützung und die vielen wertvollen Anregungen.

## (Sp)Ende gut – alles gut

Wer die Arbeit des Weltfriedensdienstes unterstützen möchte, kann dies in Form einer freien Spende tun oder ein Projekt unterstützen. Viele unserer SpenderInnen bevorzugen es, ein konkretes Projekt zu fördern. Es ist für viele wichtig, sich vorzustellen, dass damit zum Beispiel ein Ressourcenschutzprojekt in Guinea-Conakry oder aber eine Handwerker-schule in Tansania unterstützt wird. Oft ist es das Thema – Bildung, Ökologie oder Frauen, das besonders interessiert. Vielfach gibt auch der Kontinent oder das Land den Ausschlag, zu dem man durch Ar-

beitsaufenthalt, Urlaub oder Freunde eine besondere Beziehung entwickelt hat. Durch den Projektbericht fühlen die Spenderinnen und Spender sich einbezogen; eine konkrete Projektspende vermittelt das Gefühl, zum Gelingen eines sinnvollen, überschaubaren Ganzen beizutragen. Und das Vertrauen in unsere Projektarbeit lohnt sich: Mit Hilfe unserer Förderer können wir Jahr für Jahr Projekte finanzieren, die zu einer gerechteren Welt beitragen. Wir möchten Sie heute aber auch auf den Wert freier Spenden aufmerksam machen: Freie, also ungebundene Spenden, benötigen wir, um Auslandsprojekte entwickeln, beraten und betreuen zu können, sie sind wichtig für

die Finanzierung von Miete, Energie und Telekommunikation der Geschäftsstelle. Sie helfen uns dabei, entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland zu leisten, sei es durch den Querbrief, mit Veranstaltungen oder durch Kampagnen und Aktionen. Und nicht zuletzt können wir Sie mit Hilfe freier Spenden über unsere Arbeit informieren, Spenderinfos und Projektblätter herausgeben. Freie Spenden setzen ein besonders hohes Maß an Vertrauen in die empfangende Organisation voraus. Wenn Sie mit unserer Arbeit zufrieden sind, wenn Sie dazu beitragen möchten, diese auch mittelfristig zu sichern, geben Sie uns einen Vertrauensvorschuss – in Form einer freien Spende!



Postvertriebsstück  
Gebühr bezahlt  
A 9649 F



Hedemannstraße 14  
10969 Berlin

## Petition an die Zimbabwische Botschaft

# Wir fordern die Einhaltung der Menschenrechte in Zimbabwe!

**Wir**, die wir in unterschiedlichen Zusammenhängen den Kampf um die Unabhängigkeit und den Aufbau des neuen Zimbabwe unterstützt haben,

**Wir**, die wir seit Jahren in verschiedenen partnerschaftlichen Zusammenhängen Projekte, Schulen, Gemeinden, Nichtregierungsorganisationen begleiten und fördern,

**Wir**, von denen viele als ehemalige EntwicklungshelferInnen Menschen in Zimbabwe unterstützt und viele Freunde in diesem wunderbaren Land gewonnen haben,

**Wir**, die wir Menschenrechtsverletzungen in jedem Land dieser Welt ablehnen und verabscheuen,

**Wir alle klagen die Regierung Zimbabwes an, systematisch die Menschenrechte zu verletzen!**

In den vergangenen Jahren hat die zimbabwische Regierung

- systematisch Gewalt angewandt,
- die Versammlungsfreiheit aufgehoben,
- die Pressefreiheit eingeschränkt
- der politischen Opposition Nahrungsmittelhilfe vorenthalten.

In den letzten Monaten wurden diese Menschenrechtsverletzungen weiter zugespitzt. Durch die systematische Zerstörung von Wohnungen und Geschäften durch die Regierung mit Hilfe von Armee und Polizei, zynisch Operation Murambatsvina genannt, wurden 700.000 Menschen dabei aus den Städten vertrieben und arbeits- und obdachlos. Übersetzt heißt diese Operation „Weg mit dem Dreck“.

**Wir fordern von der zimbabwischen Regierung**

- die sofortige Beendigung aller Menschenrechtsverletzungen
- das sofortige Ende der Operation Murambatsvina
- die umgehende Versorgung der Betroffenen mit Obdach und Lebensmitteln
- die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu stellen.

## Schluss mit der menschenverachtenden Politik der zimbabwischen Regierung!

*UnterstützerInnen:* Ehemalige Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer aus Zimbabwe,  
AK Harare-München-Partnerschaft (HaMuPa) beim Nord-Süd-Forum, Weltfriedensdienst e.V. (WFD),  
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW)

### WFD-Spendenkonten:

Bank für Sozialwirtschaft, Konto 31 47 505, BLZ 100 205 00 und Sparkasse Bonn, Konto 49 999, BLZ 380 500 00  
Spenden sind steuerabzugsfähig lt. Freistellungsbescheid d. Finanzamts f. Körperschaften I v. 8. 10. 2002 (Nr. 27/681/51497)